

Vorträge, Reden und Berichte aus dem Europa-Institut / Nr. 67

herausgegeben

von Professor Dr. Dr. Georg RESS
und Professor Dr. Michael R. WILL

Dr. rer. soc. Karl BUCK

**DIE REGENBOGENFRAKTION IM
EUROPÄISCHEN PARLAMENT**

Vortrag vor dem Europa-Institut der Universität des Saarlandes

Saarbrücken, 30. Mai 1986

DIE REGENBOGENFRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT (EP)

Die Gründung der Regenbogenfraktion nach der 2. Direktwahl zum EP im Juli 1984 erregte ähnliches Aufsehen wie das erste Auftreten kommunistischer Abgeordneter vor noch nicht allzu langer Zeit. Dem EP stellte sich damit erneut und verstärkt die Aufgabe, mit der Ausdehnung seiner sozialen Grundlage durch großenteils nonkonformistische, ja ablehnende Kräfte fertig zu werden. In der Vergangenheit hatte es an allzu simplen Versuchen repressiver, isolierender "Regelung" nicht gefehlt - z. B. Lusterbericht zur GO-Reform -, die letztlich an hartnäckiger Filibusterei der Betroffenen (Technische Gruppe, Panella), aber auch an der Einsicht bei anderen Gruppen scheiterte. Im EP ergaben sich Möglichkeiten neuer Mehrheitsverhältnisse; nur nutzen mußte man sie. Ich vermeide es bewußt, hier von gegenseitigen Lernprozessen, "parliamentary role-taking" u. ä. zu sprechen, da diese Begriffe Entwicklung in stabile Zustände suggerieren. Gleichwohl gibt es ein berechtigtes Interesse daran zu analysieren, in welcher Weise der Regenbogen, seine einzelnen Gruppen und die individuellen Abgeordneten ihre formulierten Interessen, Ziele und Strategien im EP, mittels des EP und nach außen angewendet, operationalisiert, durchgesetzt oder eventuell verändert haben. Nach zwei Jahren seit der 2. Direktwahl kann eine erste Zwischenbilanz gezogen werden, die aber keineswegs extrapoliert werden darf; Rotation der Abgeordneten, mehr oder minder imperatives Mandat durch veränderliche Basiskonstellationen, Wiederhall auf EG-unabhängige Ereignisse u. a. m. stehen dem entgegen. Doch ist dies keine Besonderheit der Regenbogengruppen - man betrachte nur Schwankungen, Widersprüche und Kehrtwendungen z. B. bundesdeutscher EG-Politik oder die oft meines Erachtens herzerfrischende Selbständigkeit von Fraktionen und ihren Teilen im EP gegenüber den nationalen "Mutter"-Parteien oder Regierungen.

Mein Vortrag hat folgende Gliederung:

- Vorgeschichte der Regenbogenfraktion
- wer bildet den Regenbogen; Parteien, Gruppen, Ergebnisse bei nationalen und EP-Wahlen; ideologische und regionale Hintergründe und Merkmale
- Organisationsstruktur des Regenbogens:
- die Präsenz des Regenbogens im EP: Präsidium, Plenum, Ausschüsse; Schwerpunkte und Formen innerparlamentarischer Tätigkeiten
- außer-EP-parlamentarische Aktivitäten
- Randbemerkungen zu Hypothesenversuchen in der Literatur.

Meine, nicht nur meine Möglichkeiten zu empirischer Feldforschung beschränken sich auf 8 Jahre intensiver Beobachtung des EP auf verschiedenen Ebenen und Bühnen - insbesondere zum vorletzten Punkt sind sie recht begrenzt. Vollständigkeit und Gültigkeit der Beobachtungen und Aussagen entziehen sich dem popperschen Gebot der Falsifizierungsmöglichkeit. Man muß sich eben gelegentlich mit den Bedingungen mündlicher Überlieferungen zufriedengeben - um so mehr als, wie ich früher lernte, für Gesellschaftstheoretiker, die dem Regenbogen eher ablehnend begegnen würden, "participatory research" eine methodische Sünde wäre.

1. Zur Vorgeschichte der Regenbogenfraktion

In der Literatur¹ wird häufig das Jahr 1983 als Geburtsjahr grün-alternativer Koordination auf europäischer Ebene angegeben. Dies trifft nur zum Teil zu, auch werden mit diesem Datum zu sehr rein wahl-, besser finanztaktische Überlegungen zur Begründung angegeben.

Zur Vervollständigung des Bildes muß auf folgende Aspekte hingewiesen werden:

- als EP-interne Vorbedingungen: Versuche, die Bedingungen für die Gründung einer Fraktion zu erschweren, scheiterten; somit bot die Geschäftsordnung die formale Möglichkeit einer relativ leichten Fraktionsbildung². Zum anderen hatte auch die nach der ersten Direktwahl gegründete "Technische Gruppe" ein erstes Testfeld alternativer Kohabitation

abgegeben, das Größe und Struktur des Regenbogens mitbestimmen sollte: Die Erfahrungen mit dem taktisch versierten, aber auch exzentrischen PRI-Politiker, M. Panella, und seinen permanenten Wünschen nach (auch finanzieller) Sonderbehandlung bewirkten, daß ein erneutes Mitwirken schon früh abgelehnt wurde.

- Außerhalb des EP stellen die vielfältigen, wenngleich oft nur persönlichen Kontakte zwischen Pazifisten, Atomkraftgegnern, Regionalisten, Alternativen (teilweise kräftig gefördert von der Technischen Gruppe im EP) eine wichtige Rahmenbedingung dar. Sie blieben zwangsläufig kaum beachtet in der Öffentlichkeit, handelte es sich doch meist um machtpolitisch unbedeutende Phänomene, die eben nur zu Wahlzeiten Interesse finden.

Ein Hinweis auf diese zusätzlichen Faktoren scheint mir sinnvoll, da sonst die auf "europäische Staatsknete" abzielenden Gründe überbewertet werden.

Sie fehlten nicht. Auch erkannten manche Grüne und Alternative, daß ihre Chancen bei Wahlen zum EP vermutlich nicht schlecht stünden, da in aller Regel die Wahlbeteiligung unter der national üblichen liegen würde. Außerdem sind offensichtlich eine Menge von Wählern bei solchen "zweitrangigen" Wahlen ohne Auswirkung auf die nationalen Machtverhältnisse bereit, aus Verdruß anders zu wählen, einen Warnschuß abzugeben oder - auch teilweise - auf änderbare Zielprioritäten und neue Koalitionskonstellationen hinzuweisen³.

Zurück zur Vorgeschichte. Im Oktober 1983 fanden sich verschiedene Gruppen zu einem europäischen Treffen in Brüssel ein, um eine Plattform für eine europäische ökologische Allianz zu erarbeiten. Dazu gehörten vor allem

- les Verts sowie les Verts - Parti Ecologiste aus Frankreich
- die Ecology Party aus Großbritannien
- die Green Alliance aus Irland
- aus Belgien Ecolo und Agalev
- die Grünen aus der Bundesrepublik

Die niederländischen "Europese Groenen" und "der Groen Progressief Akkoord" sowie die Luxemburger "Grend Alternativ" schlossen sich später an.

Im Kampf gegen eine zunehmend regelnde, zentralisierende EG fanden sich ökologische, föderalistische regionalistische Optionen und linksalternative Gruppen zusammen. Da nur Dänemark, die Bundesrepublik und Italien nennenswerte Parteifinanzierung aus öffentlichen Mitteln kennen - in Frankreich, Irland und Großbritannien werden in geringem Maß einige Wahlkampf-kosten erstattet - und das EP auf der Grundlage seines Beschlusses vom 5. November 1981 (Amtsblatt C 311 vom 30.11.1981, S. 58 f.) insgesamt 43 Mio. Ecus, d. h. rund 100 Mio. DM, zur Verfügung stellen konnte⁴, bestand ein beträchtlicher finanzieller Anreiz, sich zusammenzutun. Im Oktober 1983 hatte nämlich das erweiterte Präsidium des EP die Regeln für die Erstattung von Wahlkampf-kosten veröffentlicht (Amtsblatt C 293 vom 29.10.1983): Danach hatten u. a. politische Gruppierungen mit mindestens 5 % der abgegebenen Stimmen in einem Land oder über 1 % in mindestens drei Ländern ein Anrecht auf Kostenerstattung, egal ob sie einen Sitz errungen hatten oder nicht.

Anfang April fanden sich etwa 500 Delegierte auf Einladung des ersten ökologischen Stadtrats von Lüttich zum ersten Kongreß ein. Sie kamen aus der Bundesrepublik, Belgien, Luxemburg, den Niederlanden, Großbritannien, Irland sowie Österreich und Schweden. Ein ernster inhaltlicher Konflikt entstand aus der Weigerung der deutschen Grünen, eine gemeinsame Plattform auszuarbeiten, solange der "Groen Progressief Akkoord" aus den Niederlanden nicht zugelassen würde. Eine fortdauernde Spaltungslinie zwischen rein ökologischen und alternativen Positionen wurde deutlich.

Die französischen Grünen baten um Zuschüsse zu ihren Wahlkampf-kosten in Höhe von etwa 1 Mio. DM; sie sollen etwa 450.000 DM von den deutschen Grünen erhalten haben, Ecolo bürgte für 100.000 und Agalev für das Doppelte. Die finanzielle Hilfe mag die politische Annäherung erleichtert haben.

Schließlich wurde am 28. April 1984 als Minimalplattform in Paris eine "Déclaration d'apparement" unterzeichnet von Ecolo und Agalev (B), den Grünen (D), Verts-Europe-Ecologie (F), Comhontas Glas-Green Alliance (Irland), die Greng Alternativ (L), Ecology Party (GB) sowie aus den Niederlanden von den Europese Groenen, der kleinen KP, der Groene Partij Nederland, den sozialistischen Pazifisten PSP und den Radikalen PPR. Diese Erklärung trägt den konkreten Hinweis auf die Wahlkampfgelder des EP:

" ... signent une déclaration d'apparemment technique pour les Elections Européennes du juin 1984, conformément à la réglementation du PE pour l'utilisation des crédits destinés au remboursement des dépenses des formations politiques qui auront pris part aux élections européennes de 1984 ..."

Die bewußt minimal gehaltene Plattform sollte nicht nur Zugang zum Geld bringen; ihr Charakter entspricht auch der Achtung der Autonomie der konstituierenden Gruppen. Die wichtigsten Punkte sind:

- Einsatz für ein neutrales und dezentralisiertes Europa mit selbstverwalteten Regionen
- Widerstand gegen Stationierung von Atomraketen in Ost und West (in dieser Reihenfolge! - KB), völlige Abrüstung und Auflösung der Blöcke
- kompromißlose Umweltschutzpolitik
- Gleichberechtigung der Frau
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und des Sozialabbaus
- Beziehungen zur Dritten Welt auf der Ebene der Gleichheit, enge Beziehungen mit Solidaritäts- und Drittweltbewegungen
- freie Ausübung der Grundrechte
- ökologische Landwirtschaft

Nach Bekanntwerden der Wahlergebnisse rahmen die deutschen Grünen und die niederländischen GPA Kontakte auf mit den belgischen Vertretern. Sie zusammen hätten eine Fraktion bilden können, doch suchten Deutsche und Niederländer eine breitere Grundlage mit verlässlichen Partnern, da die eher gemäßigten, rein ökologischen Belgier in einer solchen Gruppe mit der Drohung des Austritts und damit des Verlustes des Fraktionsstatus hätten Druck ausüben können.

Frühere Kontakte aus der Technischen Gruppe erleichterten den Beitritt der zwei italienischen Abgeordneten von Democrazia Proletaria und der PdUP; im Juli traten die drei Abgeordneten flämischer und sardischer Regionalisten sowie die vier dänischen Vertreter der Volksbewegung gegen die EG bei. Belgiens Ecolo und Agalev blieben zunächst assoziiert.

2. Wer bildet den Regenbogen?

Die Wahlergebnisse blieben für die Grünen und Alternativen im Grunde unterhalb der Erwartungen, insbesondere in Frankreich, wo beide konkurrierende Gruppen jeweils nur gut 3 % errangen und damit die 5-%-Hürde nicht schafften, und in den Niederlanden. In Dänemark wurden die EG-Gegner erstmals, wenn auch nur um wenige Tausend Stimmen, von den Konservativen überholt. Die Ergebnisse im einzelnen, verglichen mit 1979:

| Wahlbeteiligung % 1986 | | 1979 | Sitze | 1984 | Sitze |
|---------------------------|-----------------------|------------------------|-------|-------------------------|-------|
| B: 92 % | Volksunie | 6,0 (9,7 Flandern) | 1 | 8,5 (13,9) | 2 |
| | Agalev | 1,4 (2,3 Flandern) | - | 4,3 (7,1) | 1 |
| | Ecolo | 2,0 (5,1 Wallonien) | - | 3,9 (9,9) | 1 |
| DK: 52,3 % | Volksbewegung | 20,9 | 4 | 20,8 | 4 |
| | Soc. Volkspartei | 4,7 | 1 | 9,2 | 2 |
| | Linkssocialisten | 3,5 | - | 1,3 | - |
| | Retsforbundet | 3,4 | - | - | - |
| D: 57 % | Grüne | 3,2 | - | 8,2 (2 Mio. Stimmen) | 7 |
| F: 56 % | Grüne | 4,4 (E-Ecolo) | - | 3,4 | - |
| | ERE (Lalonde, Stirn) | - | - | 3,3 | - |
| L: | Grün-Alternative | - | - | 6,1 | - |
| I: 84 % | (P. Radicale | 3,7 | 3 | 3,4 | 3) |
| | Dem. Proletaria | 0,7 | 1 | 1,4 | 1 |
| | P.Sardo/Union Valdot. | - | 1 | 0,5 | 1 |
| NL: 50,5 % | GPA | (5,0 | -) | 5,6 | 2 |
| | Europ. Grüne | - | 1,3 | - | - |

Die Zahlen in Klammern unter Belgien geben die Anteile im flämischen bzw. wallonischen Landesteil an, Agalev tritt ja nicht in Wallonien und Ecolo nicht in Flandern an.

In Irland hatten die Grünen ganze 0,5 % erreicht (1,9 in Dublin), in Großbritannien 0,5 %.

20 Mitglieder vereinte die Regenbogenfraktion; bei dieser Zahl ist es geblieben, denn der Austritt von Luciana Castellina (PdUP)⁵, der nur aus italienischen Konstellationen erfolgte, wurde wettgemacht durch den Beitritt eines baskischen Vertreters nach der Erweiterung.

REGENBOGENFRAKTION (Stand Juni 1986)

GRAEL: Grün-alternatives europäisches Bündnis

12 7 D
 2 B Agalev, Ecolo
 1 I DP
 2 NL Grün-Progressive Allianz: COM/GR/PPR/PSP

EVA: Europäische freie Allianz

3 2 B Volksunie
 1 I Partito Sardo d'Azione

DK - Volksbewegung gegen die EG

4

ESPAÑA-BASK (Grupo Mixto Congreso)

$\frac{1}{20}$

Einige Informationen zu den einzelnen Gruppen und Personen:

a) GRAEL

Belgien:

Agalev, d. h. Anders gan Leven, ist eine 1977 gegründete flämische Gruppe, stark urban und nonkonformistisch geprägt, mit Erfahrung in Stadt- und Gemeinderäten. Der Vertreter Staes wurde als Journalist bekannt.

Ecolo ist eher eine lockere Föderation wallonisch-regionaler Gruppen ideologisch uneinheitlich, aber im Grunde rein ökologisch. Ein internes Papier lehnt in schroffster Weise linke und alternative Positionen der Partner ab; Ecolo war regional zu einem Duldungsbündnis mit der rechtsstehenden liberalen Partei bereit. EP-Vertreter: Roelants du Vivier.

Beide stehen zum Parlamentarismus positiv und nützen die klassischen parlamentarischen Möglichkeiten, wahren in der Regel die üblichen Formen. Sie sind erst Ende 1985 unter gewissem Druck formell dem GRAEL beigetreten.

Bundesrepublik:

Hier fällt auf, daß die Vertreter stärker alternativ und links als ökologisch geprägt sind. Zur Erinnerung: Die Grünen stellten bewusst Kandidaten auf, um ihnen Schutz vor rechtlicher und politischer Verfolgung zu geben (Klößner und Härlin aus Westberlin, Brigitte Heinrich). Sie zeichnen sich - so nach einem internen Papier - (noch) durch stark individualistische Initiativen aus als Ergebnis einer "politischen Kultur des Einzelkämpfers". Aus solchen Zwisten aus Autonomiebestreben einerseits, Kompetenzgerangel und eifersüchtigem Terrainanspruch andererseits, entstanden einige Male Belastungen für GRAEL insgesamt. Aufgrund dieser Tatsache scheint es mir auch vorschnell, von numerischer Überlegenheit auf eine "dominierende Stellung" zu schließen⁶. Die deutschen Vertreter sind inhaltlich und strategisch heterogen, und was mir besonders entscheidend scheint, von sehr verschiedenen sozialen und politischen Basismfeldern beeinflusst: Westberliner Linke, grün-alternative Bauern und hessische Ökologen arbeiten unter sehr unterschiedlichen politischen Bedingungen.

Niederlande:

Der Groen Progressief Akkoord besteht aus vier Parteien: den Eurokommunisten, den Groenen, den sozialistischen Pazifisten (PSP) und den Radikalen (PPR), die sich in den sechziger Jahren von der Katholischen Volkspartei abspalteten und 1973 - 1977 mit dem Sozialisten J. den Uyl in der Regierung saßen. PSP und PPR stellen die beiden Abgeordneten: van der Lek - ehemals in beiden nationalen Kammern Abgeordneter, sowie Verbeek, ein Priester.

Auffallend für die GPA ist die pazifistische Komponente und ihr Engagement für Minderheiten und Randgruppen.

Italien:

Democrazia Proletaria wurde 1976 als Dachorganisation marxistisch-leninistischer Gruppen gebildet; sie hat Erfahrung in Stadtparlamenten und im EP

nach der ersten Direktwahl. Vertreter: Molinari, jetzt Cicciomessere.

PdUP - Partei der proletarischen Einheit, hatte sich von der KPI abgespalten und war Gründungsmitglied der Democrazia Proletaria. Die PdUP kandidierte 1984 auf KPI-Listen, ihre Vertreterin Castellina mußte sich Ende 1985 im EP wieder der kommunistischen Fraktion anschließen.

1986 rückte ein Vertreter der gemäßigten Basken in die Reihen von GRAEL. Er verdankte seinen Sitz dem Zwist unter den kommunistischen Gruppen im spanischen Parlament, die einen Losentscheid nötig machte. Übrigens hatte die kommunistische Fraktion im EP dem Basken die Mitgliedschaft angeboten, was dieser ablehnte.

b) Europäische Freie Allianz (EVA):

Belgien:

Volksumie - VU⁷ - in den fünfziger Jahren gegründete Partei, die einen flämisch-nationalistischen, auch vor extremen Mitteln nicht zurückschreckenden Teil ("les flaminguants" von J. Brel) mit einem christlich-pazifistischen vereint; letzterer stellt in der Regel die EP-Vertreter. National unterliegt die VU starken Schwankungen (1974 22 Abgeordnete, 1979 14), ist aber eine der bedeutenden Kräfte.

Italien

Die Allianz der sardischen und Valdostanischen Regionalisten errang, begünstigt durch das italienische Wahlsystem, trotz nur insgesamt 0,5 % der Stimmen doch einen Sitz. In Sardinien kam der Partito Sardo auf über 3 %.

Beide Parteien repräsentieren die schon länger kooperierenden regionalistischen Bewegungen Europas.

EVA stellt auch weiterhin ihre Fazilitäten aus dem EP für Treffen von Regionalisten zur Verfügung.

c) Dänische Volksbewegung gegen die EG

Sie bildete sich als heterogenes, nur durch dieses eine Ziel geeintes Zweckbündnis 1972 vor dem Referendum zum EG-Beitritt und agiert auch nur im Zusammenhang mit EP-Wahlen. Die vom dänischen Wahlsystem begünstigte Allianz errang 1979 als stärkste Kraft 4 der 15 dänischen EP-Sitze, die um Volkssozialisten, Linksozialisten, rechtsstehende Gerechtigkeitspartei und KP angereicherte Allianz zog auch ins zweite direktgewählte EP mit 4 Vertretern ein: Else Hammerich - mit der höchsten Zahl von persönlichen Präferenzstimmen! -, Bonde - Mitglied des ZK der KP, Bøgh - Pastor und I. Christensen von der Gerechtigkeitspartei. Offensichtlich existieren in Dänemark zwei autonome Parteisysteme für nationale und EP-Wahlen⁸. Die starke Reserviertheit vieler Dänen gegenüber der EG - beim Referendum 1986 stimmte immerhin fast die Hälfte gegen die Änderung der EG-Verträge - mag überraschen auf den ersten Blick, profitiert doch Dänemark pro Kopf am meisten von der EG. Doch entspringt sie der tiefverwurzelten, beschaulichen Selbstzufriedenheit, einem Wunsch, in Ruhe und allein gelassen zu werden.

3. Zur Binnenstruktur der Regenbogengruppe

Zweckbündnis und der hohe Wert der Autonomie der einzelnen Gruppen und Personen bestimmen Struktur und Verhalten dieser Fraktion. Zusätzliche prägende Merkmale entspringen basisdemokratischen Idealen.

a) Regenbogenstatut

Das Plenum hat eine eher hypothetische Existenz, u. a. da Regenbogen gar nicht als geschlossene Gruppe mit einem eindeutigen Profil auftreten will. Nur Beitritte und Austritte sind hier zu regeln, das Plenum kann auch im Fall einer Nichteinigung im Vorstand einberufen werden. Bemerkenswert, daß letzteres bisher nicht nötig war. Der Vorstand besteht aus je einem Vertreter von EVA und den Dänen sowie zwei Vertretern des GRAEL; er wird für 15 Monate ernannt.

Die vier Co-Präsidenten rotieren alle drei Monate als Vertreter von Regenbogen in den EP-Organen. Bei dieser Konstruktion spielt natürlich z. B.

ein Generalsekretär von GRAEL mit langer Erfahrung im Geschäft des EP und seiner Verwaltung eine wichtige Rolle.

b) GRAEL-Statut

Der Vorstand besteht aus 2 Abgeordneten und im Regelfall aus 2 Nachrückern, die für 6 Monate benannt werden.

Im Plenum haben Abgeordnete und Nachrücker (zusammen die "politisch Mandatierten" genannt) gleiches Stimmrecht bei den deutschen Grünen, weshalb die Mitglieder der anderen Parteien doppeltes Stimmrecht haben. Abstimmungen erfolgen in der Regel mit einfacher Mehrheit, was den Deutschen besonderes Gewicht verleiht; in bestimmten Einzelfällen bedarf es der einfachen Mehrheit aus mindesten drei Parteien. Auf Vorschlag des Vorstands und nach Stellungnahme der zuständigen Arbeitsgruppen entscheidet das Plenum, in das das Mitarbeiterteam 2 Beobachter mit Rederecht entsendet.

Die täglichen Verwaltungsentscheidungen obliegen dem Geschäftsführer, der sich politische Rückendeckung bei seinen ein bis zwei "Schutzengeln", d. h. politisch Mandatierten holen muß/kann.

Die Arbeitsgruppen sind die eigentlichen Aktivitätszentren von GRAEL. In ihnen sind Mandatierte und Mitarbeiter gleichberechtigt. Die Arbeitsgruppen verfügen auch in begrenztem Ausmaß über Finanzen für eigene Tätigkeiten. Derzeit gibt es folgende Arbeitsgruppen: Dritte Welt, Frauen, Frieden und Abrüstung, Landwirtschaft, Umwelt und Energie, Menschenrechte, Wirtschaft und Soziales. Für 1986 avisierte Arbeitsschwerpunkte sind im Anhang beigefügt. In einem sehr aufwendigen, langwierigen Verfahren, das Ämterpatronage nachweislich ausschloß, wurden aus 1200 Kandidaten aus ganz Europa schließlich 17 Mitarbeiter/innen (Frauen haben die Mehrzahl) ausgewählt. Dazu gibt es das Bonner Büro und 12 halbtags tätige Basismitarbeiter/innen.

Finanzregelung: GRAEL hat erheblich mehr Personen eingestellt, als seinen Anteilen an den EP-Pfründen entspricht. Dieser bewußte Schritt zur Schaffung von Arbeitsplätzen war möglich, weil die Prinzipien grüner Lohn- und Sozialpolitik auf die EP-Ebene übertragen wurden: gleiche Bezahlung für alle, politischer Einsatz der Überschüsse und Zugewinne aus den Privile-

gien der EP- und EG-Statuten.

So erhält jeder - Abgeordneter, Nachrücker oder Mitarbeiter - einen Basislohn von ca. 2.000 DM, dazu eine begrenzte Aufwandsentschädigung für die Parlamentarier und 1.000 DM für die in Brüssel ansässigen Mitarbeiter, zusätzlich 500 DM für "Abhängige" (Kinder, Lebenspartner etc.). Die erheblichen Zusatzeinkünfte über Tagegelder, Reisepauschalen, Sekretariatszulagen etc. (ein MdEP kann dabei auf über 20.000 DM pro Monat kommen) werden in der Regel abgetreten (abzüglich real entstandener Kosten) und gehen in den Ökofonds ein oder dienen eben zur Finanzierung der zusätzlichen Arbeitsstellen.

Schwierigkeiten mit der Beachtung dieser Prinzipien gab es offensichtlich nur äußerst selten, obwohl die Einbindung der "überzähligen" Mitarbeiter/innen in die Sozialversicherungssysteme Kopfzerbrechen bereitete.

Bemerkungen zur Basisdemokratie:

Basisdemokratische Ideale in alltäglicher Arbeit umzusetzen ist aufwendig und oft mühsam, insbesondere in der permanenten Hektik im EP. Daher und weil eine gewisse Professionalisierung der Aktiven, d. h. vor allem Abgeordnete und Mitarbeiter, gegenüber den "Abgeordneten im Wartestand", den Nachrückern, gar nicht zu vermeiden ist, sind auch gelegentlich Rollenkonflikte und Abnutzungserscheinungen nicht ausgeblieben. Der interessierte Beobachter wird manches bestätigt finden, was vor gut 70 Jahren R. Michels über die Binnenstruktur der SPD feststellen mußte⁹. Daß bei den bundesdeutschen Grünen inzwischen eine gelassenerere Haltung gegenüber der Rotation, ihren Vorteilen und Nachteilen, eingekehrt ist, könnte auf EP-Ebene den einen oder anderen hoffnungsvollen Nachrücker mißvergnügt stimmen.

Basisdemokratie und politisches Mandat stehen in einem komplizierteren Verhältnis, als es zunächst scheint. Dies wird zumindest unter den deutschen "grünen" Abgeordneten um so deutlicher, als ja nicht alle Mitglieder der Grünen Partei sind, alle aber wohl das basisdemokratische Prinzip gegenüber dem angeblich nur seinem Gewissen verantwortlichen Abgeordneten gemäß dem Repräsentationsprinzip akzeptieren.

Zwischen Abgeordneten und Basis stehen die Vertretungsorgane, sei es Vorstand, Delegiertenkonferenz oder ähnliches der Grünen als Partei. Anfänglich war ein teilweise virulentes Mißtrauen, eine übertriebene Kontrollsucht bei Vertretern in der Bonner Zentrale unverkennbar. Sie wich allmählich einer gelasseneren Hinnahme mehr oder weniger autonomer Aktionen auf EP-Ebene und mittels den vom EP bereitgestellten Möglichkeiten. Dazu mögen die Prioritäten nationaler Möglichkeiten ebenso beigetragen haben wie das reale Erlebnis des einschüchternd hohen, monatlichen Papierberges im EP, der unmöglich von einer fernen Zentrale gesichtet und gewichtet werden kann. Natürlich spielen auch die meist geringe realpolitische Rolle des Papierberges und die relativ geringe Einschätzung des EP eine Rolle.

Die Verpflichtung der Abgeordneten gegenüber ihrer lokalen/regionalen Basis kann durchaus im Konfliktverhältnis stehen zum politischen Mandat. Zum einen stehen der Autor und Kontrolleur dieses Mandats nicht eindeutig fest: Der Bundesvorstand ist ja wiederum häufig das Objekt mißtrauischer Vorwürfe seitens der vielfältigen lokalen und regionalen Basisorganisationen. Zum anderen haben die befugten Organe bei den Grünen noch keine umfassenden und klaren europapolitischen Positionen verabschiedet, die als Richtschnur eines politischen Mandats und der Kontrolle seiner Ausübung gelten könnten. Insofern ist im GRAEL der sogenannte Fall Klöckner weit weniger dramatisch behandelt worden als seitens des Bundesvorstands oder durch die Presse, die im übrigen die Tatsachen unrichtig wiedergab, was sich in der Fachliteratur niederschlug¹⁰. Die oben genannten strukturellen Probleme helfen erläutern, daß unter den grünen MdEPs und im weiteren Sinn auch im GRAEL eine beachtliche Fähigkeit und Bereitschaft zu gütlicher Regelung gerade wegen der Achtung der Autonomie eines jeden vorhanden war - Konsens in der "politischen Kultur der Einzelkämpfer". Bonner Vorstandsmitglieder reisen inzwischen nur noch selten zu Gruppensitzungen an - wie niedrig das EP in der Wertchierarchie der Grünen steht, ergibt sich auch aus der Tatsache, daß ein Rechenschaftsbericht der "Basisgruppe auf und davon", wie die MdEPs und das Mitarbeiterteam spöttisch genannt werden, von den Parteiorganen bislang nicht erörtert wurde. Imperative Mandate nehmen manchmal seltsame Wege.

4. Die Präsenz im Europäischen Parlament

Das erste Auftreten der Regenbogenfraktion im EP begann mit einer Überraschung: Bei der Wahl zum Parlamentspräsidenten errang Brigitte Heinrich 118 Stimmen und auch bei den Wahlen zu den Vizepräsidenten bekam sie noch 73. Darunter ist sicher eine erhebliche Zahl von Frauen und Linken aus anderen Fraktionen, wohl auch Proteststimmen gegen Absprachen. Ob sich ein solches Ergebnis heute wiederholen würde, ist ungewiß.

Die zweite Überraschung war weniger erfreulich: Regenbogen hätte nach der d'Hondt-Methode Anspruch auf den vorletzten Ausschußvorsitz gehabt. Die zunächst gegebene Zusage des Vorsitzenden der stärksten Fraktion, der Sozialisten, Rudi Arndt, wurde zurückgenommen, als Regenbogen den hessischen Vertreter Schwalba-Hoth benannte. Ein Zusammenhang mit den damaligen Problemen in Hessen ist unverkennbar. Parlamentsintern kam dazu, daß die großen Fraktionen verhindern wollten, daß die französischen Rechtsextremen einen Ausschußvorsitzenden stellen würden - über diese Klinge mußte dann auch Regenbogen springen. Die erste Erfahrung im EP war somit eine Mischung von unverwarteter Popularität und Wortbruch.

Immerhin stellt Regenbogen drei Vizepräsidenten von Ausschüssen:

- Graefe zu Baringdorf im Landwirtschaftsausschuß
- Undine Bloch zu Blottnitz im Umweltausschuß
- Schwalba-Hoth im Geschäftsordnungsausschuß.

Die Vertretung in den anderen Ausschüssen als einfache Mitglieder ergibt folgendes Bild, das aber wegen der recht häufigen Rotation nur eine Momentaufnahme ist (auch andere Fraktionen rotieren hier oft):

Landwirtschaftsausschuß: 2 Mitglieder, Politischer Ausschuß: 2 (Hammerich und Dorothee Piermont), Energie-, Regional- und Jugendausschuß: je 2, Entwicklungs- und Umweltausschuß: je 3, jeweils 1 Mitglied in den Ausschüssen für Außenwirtschaftsbeziehungen, Soziales, Haushaltskontrolle sowie im Juristischen, Institutionellen und im Frauenausschuß. Der Wirtschafts- und Währungsausschuß blieb unbesetzt!

Diese Gewichtung entspringen natürlich den unterschiedlichen europapolitischen Zielen, die auch das Verhalten mitbestimmen. D. Piermont, u. a.

von der französischen PSU mitgeprägt, begründet ihre Ablehnung der derzeitigen EG wie folgt: Für sie ist die EG

"vor allen Dingen ein Verein zur größtmöglichen Vermehrung der Profite der europäischen Konzerne und Multis. Ein Verein, der für Konzentrations- und Rationalisierungsprozesse das bestmögliche institutionelle Umfeld schafft und diese Prozesse durch massive Subventionen aus den von den EG-Bürgern aufgebrauchten Steuermitteln direkt fördert. Stahlkocher und bäuerliche Familienbetriebe, um nur zwei Sektoren zu nennen, bleiben dabei massenweise und kalkuliert auf der Strecke. Sozialfonds und Regionalfonds, mit lächerlich geringen Mitteln ausgestattet, bieten demgegenüber nur Almosen und können bestenfalls als Stoßdämpfer fungieren, um die härtesten Schocks abzufedern. Der Regionalfonds wird aber auch gezielt eingesetzt, um in sogenannten "strukturschwachen Gebieten" für die Interessen der Konzerne und Multis die Voraussetzungen im Bereich der Infrastruktur zu schaffen.

Zu vermuten, daß die betroffenen Bürger das nicht merken, sondern den Sonntagsreden von der "Friedensgemeinschaft" glauben, heißt, sie für dumm verkaufen. Nicht Mangel an Verständigung über die "Finalität der EG" ist die Crux, sondern, daß die "Finalität" der Institutionen sich nicht mit den Interessen der Bürger deckt.

Zu diesen "Interessen" gehört auch, daß die EG nicht nur aus unterschiedlichen Staaten besteht, sondern auch aus Völkern mit eigener Geschichte und Tradition. Wir befinden uns eben nicht in Nordamerika vor der Schaffung der "Vereinigten Staaten", sondern in Europa, dessen Reichtum u. a. gerade in den unterschiedlichen Identitäten seiner Völker liegt.

Eine wirkliche Gemeinschaft der europäischen Völker kann nur existieren, wenn die Vielfalt als Positivum gewertet und nicht als Sand im Getriebe der sogenannten "Einigung" abgekanzelt wird."

Wer sich in den Schriften der Apologeten der europäischen Integration auskennt, könnte sich bei letzteren Sätzen durchaus an die Schriften eines Denis de Rougemont erinnern! D. Piermont zieht dann folgendes Fazit:

"Dem Parlament unter den gegebenen Bedingungen mehr Kompetenzen einräumen heißt, Ursache und Wirkung verwechseln, heißt, das Pferd vom Schwanz aufzäumen. Daß es keine oder kaum reale Kompetenzen hat, ist gerade ein Ausdruck dessen, daß die Europäische Gemeinschaft in ihrer Realität und nach ihrer Finalität keine Gemeinschaft der Bürger ist.

Frustrationen und wachsender Widerwille der Bürger sind nur zu überwinden, wenn deren Ursache ausgeräumt wird, nämlich die Ausrichtung der EG an den Interessen der Multis und Konzerne. Eine "Demokratisierung" würde sich dann von selbst ergeben."

Wozu dient dann im Sinne des Regenbogens das EP? Für einige belgische Abgeordnete ist das EP wohl eine legitime zusätzliche parlamentarische Ebene, für die Dänen bestenfalls eine gut dotierte Plattform, für andere wird die Antwort je nach Sachlage unterschiedlich ausfallen. Im dem Rechenschaftsbericht der deutschen GRAEL-Gruppe an die Bundesgrünen heißt es:

"Wir können dazu beitragen, Skandale öffentlich zu machen und zugleich auch neue Vorschläge und Konzepte innerhalb der Diskussion der EG-Apparate zu lancieren. In dieser Hinsicht hat es sich gezeigt, daß wir hierzu vor allem in den Bereichen der Landwirtschaft, des Umweltschutzes und der Energie, wo die bisher herrschenden Konzepte selbst ins Rutschen gekommen sind, gute Möglichkeiten gefunden haben, einer radikalen Kritik an Plutoniumwirtschaft, Nutzung nichtregenerativer Energien und Agro-Industrialismus innerhalb des EP Gehör zu verschaffen. Es ist uns sogar gelungen, eine klare Verurteilung der britischen WAA in Sellafield durch das EP zu erreichen.

Dagegen müssen wir zumeist erst mit wenigen Abgeordneten aus den sozialistischen und kommunistischen Fraktionen die Voraussetzungen dafür durchsetzen, daß unsere Auffassungen überhaupt sinnvoll eingebracht werden können in solchen Bereichen wie dem der gesamten Thematik der Süderweiterung der EG, den ökonomischen und sozialen Themen der sozialen Sicherheit, der alternativen Produktion, der Entgiftung, der Menschenrechte oder auch der Arbeitszeitverkürzung. Dabei besteht im Bereich von Frieden und Abrüstung das spezielle Problem, daß wir nicht, ohne inkonsequent zu werden, für eine Erweiterung der Kompetenzen des EP auf diesen Bereich eintreten können, während wir jede "Militärisierung" der EG kritisieren."

Im letzten Satz ist ein Dilemma, ein latenter Widerspruch thematisiert, der andere EG-Gegner, wie die französischen Kommunisten oder die dänische Volksbewegung, unberührt ließ. Im erwähnten Bericht heißt es weiter:

"Da das EG-Parlament auch außerhalb der Wahlkampfperiode gelegentlich gezielt dazu herangezogen wird, für wichtige weltweite oder jedenfalls internationale Projekte der Herrschenden als Resonanzboden zu dienen, ist es für eine Gruppierung, die für eine ökologische, gewaltfreie, basisdemokratische und soziale Alternative zum bestehenden System - mit seiner zerstörerischen Kombination von Industrialismus, Kapitalismus, Patriarchat, Militarismus und Rassismus - eintritt, durchaus möglich, nicht nur zu einem internationalen Kristallisationspunkt des Protestes zu werden, sondern darüber hinaus auch noch dadurch den geplanten Resonanzboden gewissermaßen so nachhaltig zu verstimmen, daß er nicht mehr wie vorgesehen funktioniert.

In diesem Sinn ist es uns immerhin möglich gewesen -durch eine von der gesamten Regenbogen-Fraktion ausgehenden

und über den Zusammenschluß der "Abgeordneten gegen atomare Aufrüstung" in die sozialistische und kommunistische Fraktion des EP getragene Protestbewegung von Parlamentariern und durch die Einladung von Jesse Jackson als Repräsentanten eines anderen Nordamerika - zu verhindern, daß, wie ursprünglich geplant, Ronald Reagans Rede vor dem EP zum großen Höhepunkt seiner Europatournee im Mai 1985 geworden ist. Und auch die ursprünglich mit dem Spinelli-Plan verknüpfte Absicht, das EP zum jubelnden Klangkörper einer "Europäisierung" der NATO-Politik der USA zu machen - durch Ausweitung der Zuständigkeiten der EG auf "Sicherheits"-Fragen, parallel zum Aufbau der "erneuerten" WEU, bei gleichzeitiger kosmetischer Verbesserung der Stellung des EP gegenüber der Kommission und einer einschneidenden Verschlechterung der Stellung der kleinen Mitgliedstaaten durch den Wegfall des Vetorechts im Ministerrat -, ist bisher nur sehr zögerlich weiterverfolgt worden, auch weil innerhalb des EP selbst verstärkt mit kritischen Stimmen zu rechnen ist, die menschlich wohl auch durch Zensurmaßnahmen (Unterdrückung der Erklärung der Regenbogen-Fraktion zum Mailänder Gipfel der EG) nicht wirksam und auf Dauer zum Schweigen zu bringen, sich einbildet."

Kurzfristige Beobachtung des "Regenbogens" führt manche zur "fallacy of misplaced concreteness" - in der Erwartung nonkonformen Verhaltens übersieht man das Normale, Alltägliche, Konforme. Es ist unbestritten, daß die Mitglieder des Regenbogens, gelegentlich verstärkt durch britische Labour-abgeordnete, auch mal bewußt mit dem ungeschriebenen Kodex parlamentarischen Wahlverhaltens brechen: von Blumentöpfen auf den Plenarbänken über Buttons, Flugblätter, Plakate und Spruchbänder im Plenum bis hin zu scharfen Wortwechseln, von provokanten Einladungen an Verfolgte¹¹ bis hin zu spektakulären Happenings zu Skandalen in der Ausformung und Auswirkung der gemeinsamen Agrarpolitik oder zu Umweltproblemen Themen und Ausdrucksweisen aus der außerparlamentarischen Demokratie, werden vom Regenbogen über die Bannmeile in das EP hineingetragen.

(Am Rande erwähnt: Ein gewisses Desinteresse der Medien gegenüber dem EP ist im Falle des Regenbogens geradezu drastisch verspürt worden; nur selten gelang es, mehr als die nahestehenden Organe zu gewinnen.)¹³

Daneben aber üben sich Mitglieder des Regenbogens auch zunehmend im Gebrauch klassischer parlamentarischer Instrumente, seien dies Fragen an Kommission, Rat, Europäische Politische Zusammenarbeit; seien es Resolutionsentwürfe, Änderungsanträge zu anderen Resolutionen oder zum Haushalt.

Schwerpunkte sind hierbei nicht nur die Bereiche Umwelt, Energie, Entwicklungshilfe etc., die man von vornherein erwarten würde. Dazu kommen Bemühungen um die Vertretung der Interessen der eigenen Region oder sozialen Umwelt. Wenige Beispiele zur Erläuterung:

- Bemühungen um die Unterstützung wallonischer Schlachthäuser durch EG-Fonds;
- Einsatz, um im Rahmen der Partnerschaft zwischen Freiburg und einer Stadt in Nicaragua Zuschüsse für die Verbesserung der Wasserversorgung zu erlangen;
- Versuche, EG-Verordnungen einzusetzen oder gegebenenfalls zu verändern zur Unterstützung hessischer Kleinbauern.

Ein häufiges Thema ist die Wahrung der Menschenrechte sowohl außerhalb als auch innerhalb der EG - beides fällt nicht in die Kompetenz der EG-Organe, weswegen die Fragestunden bei diesen Themen auch besonders bewegt sind.

Fazit: Nach ersten beiderseitigen Berührungspunkten stellen wir zunehmende Akzeptanz und die Bereitschaft fest, Unterstützung zu suchen. Dies hängt aber stark von den Bereichen und den Persönlichkeiten ab. Erleichtert wird die Annäherung durch die mit der 2. Direktwahl veränderten Mehrheitsverhältnisse im EP und seinen Ausschüssen, erschwert wird sie durch bislang ungenügende GRAEL-interne Vorbereitung und Abstimmung. Zwei Beispiele:

- Der belgische Ecolo-Vertreter Roelants du Vivier war Berichterstatter zum Thema Agrarpolitik und Umwelt - ein Problem, das u. a. den Deutschen, Graefe zu Baringdorf, als Vertreter alternativer Bauern in hohem Maße interessierte. Die Abstimmung rein ökologischer Interessen mit den wirtschaftlichen Minimalinteressen von Kleinbauern (die ganz ohne Chemie zumindest zur Zeit kaum überleben können) gelang offensichtlich nur unzureichend. Eine Chance zur überzeugenden Selbstdarstellung war somit nicht ausreichend genutzt.
- Unzureichender Vorbereitung, Information und Absprache ist es wohl zuzuschreiben, daß eine mögliche Mehrheit im EP zur Ablehnung des SDI-Programms im Rahmen eines auch EUREKA kritisch beleuchtenden Berichts nicht zustandekam - der kritische Inhalt einiger Änderungsanträge war von einigen Regenbogenvertretern offensichtlich nicht erkannt worden (EP-Plenum Juni 1986).

Beenden wir aber diesen Abschnitt mit erfolgreicherer Fällen:

- Der Bericht des GRAEL-Mitglieds vander Lek zu den Problemen künstlicher Säuglingsnahrung wurde fraktionsübergreifend mitgetragen;
- aus einem Initiativantrag von B. Heinrich zur Auslieferung von Exil-Basken nach Spanien erstellt zur Zeit der SPD-Abgeordnete H. Vetter einen umfassenden Gerichtsentwurf zur Asylpraxis allgemein in der EG - ein auffälliges Beispiel dafür, daß sich das Bemühen von GRAEL, Minderheiten zu schützen und Problemfälle aufzugreifen, mit den Bemühungen des EP decken kann, seine rechtlichen Kompetenzen und politischen Einflußbereiche zu erweitern.

5. Aktivitäten außerhalb des EP

Darüber hinaus hat der GRAEL auch die Möglichkeiten zu nutzen begonnen, die das EP für einen erleichterten Austausch zwischen sozialen, ökologischen, feministischen, pazifistischen usw. Basisbewegungen bietet. Der GRAEL hat die Halle und die Übersetzungsmöglichkeiten für den alternativen Weltwirtschaftsgipfel in Bonn zur Verfügung gestellt und gleichzeitig "The Other Economic Summit" in London finanziell gefördert. GRAEL hat aktiv dazu beigetragen, daß in Brüssel und anderswo Erfahrungsaustausch und Hearings europäischer Netzwerke zu zentralen Themen möglich wurden - von der nuklearen Proliferation über die Zerstörung der europäischen Bergbauindustrie und des sog. Europäischen "Rechtsraumes" bis zur Diskriminierung der Prostituierten, von der alternativen Hafenkongferenz in Hamburg über die "internationale Bildstörung" in Berlin, Treffen oppositioneller Bauernorganisationen, die Initiativen im Dreiecksland¹⁴ bis zur europäischen Tagung über "alternative Produktion". Auch im schwierigen und erschwerten Dialog zwischen westlichen und östlichen Emanzipationsbewegungen hatte GRAEL die Gelegenheit ergriffen zu einem ersten Gespräch mit Solidarnosc. Hier ist auch der Gegenkongreß¹⁵ "Frauen und Gentechnologie" zu erwähnen, zu dem sich im Frühjahr 1986 Hunderte von Teilnehmerinnen aus mehreren Kontinenten trafen.

Außerdem ist, ganz in der "Tradition" dieses Europäischen Parlaments¹⁶,
- ich zitiere -

".. die Regenbogen-Fraktion und vielleicht noch mehr der GRAEL Anlaufadresse für nationale Befreiungsbewegungen geworden - von der Polisario über ANC und PAC bis zur PLO und zur Fretilin oder auch für Anti-Atombewegungen wie der des Südpazifik. Für sie kann, entsprechend dem Charakter des EP als "Scheinriese", der um so größer erscheint, je weiter man von ihm entfernt ist, die Beschäftigung des EP mit ihren Anliegen eine nicht unbeträchtliche diplomatische Hilfe bedeuten. In diesem Zusammenhang hat die FLNKS von Neu-Kaledonien gebeten, den GRÜNEN ganz ausdrücklich ihren Dank auszusprechen für ihre solidarische Hilfe ebenso wie für das Beispiel radikaler Opposition und alternativer Praxis, das wir bis in den Pazifik hinein darstellen." 17

Die Dritte Welt ist ja eines der wichtigsten Gebiete der Aktivitäten insbesondere des GRAEL. Fast regelmäßige Kontakte bestehen zu Mittelamerika (India-Organisationen, Flüchtlingscamps, Entwicklungsprojekte), selbst zu ökologisch orientierten Landbewegungen auf den Philippinen wurden persönliche Beziehungen geschaffen.

Enge Beziehungen wurden geknüpft mit spanischen Landarbeiter- und Kleinbauernorganisationen. Und schließlich: Jeder ist daheim in seiner Partei bzw. Basisorganisation aktiv, ob Friedensbewegungen, Gefangenenbetreuung, Anti-Atomkraftaktionen, Kreistag oder anderem.

Die (über-)großen Anforderungen, die mit der Tätigkeit auf der EP-Ebene bunden sind, haben sichtlich auch die Mitglieder des GRAEL nicht verschont.

Kritisches Fazit aus den eigenen Reihen:

"Unser größtes Problem, das uns schon viele vermeidbare Konflikte bescherte und das sicherlich auch unvermeidbare Konflikte verschärfte, ist unsere Schwierigkeit, uns selbst als Gruppe zu organisieren und abzusprechen. Wozu Zeitmangel und Organisationsschwierigkeiten ebenso beitragen wie eine noch nicht überwundene Tradition des politischen Einzelkämpfertums und sehr unterschiedliche Kulturen. Innerhalb unserer "Nichtgruppe" sind wir dabei nicht alle "nach Europa" verschwunden. Vielen, vor allem den meisten Nachrückern, ist es möglich gewesen, auf ihren bisherigen Arbeitsfeldern, die zum Teil ohnehin im alternativen Bereich lagen, produktiv weiterzuarbeiten. Die unbefriedigende Klärung der grundsätzlichen Haltung der Gruppe zu den EG-Institutionen bildet auch einen Hemmschuh für unsere Arbeit. Hier müssen wir in unserer Partei noch dringend eine klare Positionsbestimmung erarbeiten."

6. Randbemerkungen zu Hypothesenansätzen in der Literatur¹⁸

Der Regenbogen wie auch seine Untergruppen haben zweifellos den Charakter von Zweckbündnissen, allerdings auf der Grundlage gewisser inhaltlicher Gemeinsamkeiten und bestimmter Besonderheiten im organisatorischen Bereich und hinsichtlich ihrer Herkunft und Sozialisation.

Die Minimalplattform vom 28.4.1984 (s. o.) trägt weitgehend auch die dänische Volksbewegung mit, mit Ausnahme der flämischen Volksunie vor allem verfügen die meisten Gruppierungen nur über vergleichsweise rudimentäre oder erst im Aufbau befindliche Organisationsstrukturen. Die Mitglieder kommen vorwiegend aus Berufen im Dienstleistungsbereich, verfügen über eine formal höhere Bildung und sind im Altersdurchschnitt die jüngste Gruppe im EP, wie Müller-Rommels Studien ergeben.

Wie anders sind Regenbogen, EVA und GRAEL wirklich? Inwieweit finden wir in diesem Bündnis Merkmale wieder, die für dieses junge EP durchaus nicht untypisch sind? Erst die alltägliche Beobachtung ist hier aussagekräftig, die (unerlässliche) Untersuchung von geschriebenen Programmen und fixen Sozialdaten allein greift - zur Einschätzung aller Gruppen im EP - zu kurz.

a) Beginnen wir mit dem "Soziogramm" der europäischen Intelligenzija (Müller-Rommel).

Am Befund gibt es wenig anzumerken, allerdings teile ich nicht jede Interpretation. Ich halte es zumindest für unbewiesen, vermutlich für unrichtig, davon auszugehen, daß "die" entscheidende Sozialisationsphase einmal im Leben - in der Adoleszenzphase - stattfindet. Zu bedenken wäre:

- daß unter den heute sich stark verändernden Rahmenbedingungen in Gesellschaft, Wirtschaft, Wertesystem etc. neue Ereignisse auf ursprüngliche Sozialisation ständig einwirken; als Beispiele seien nur die beachtlichen Wählerbewegungen, unterschiedliches Wahlverhalten bei nationalen und europäischen Wahlen und eben der starke Anteil nicht-junger Anhänger und Wähler der Grünen und Alternativen genannt;

- daß umgekehrt Übereinstimmung zwischen Parlamentariern und Wählern bezüglich der sozialen Herkunft nicht an sich schon ein politisch relevantes Merkmal sein muß.

b) Zur Widersprüchlichkeit der Positionen im Regenbogen:

Unbestritten ist, daß in wichtigen Einzelbereichen die Gruppen im Regenbogen teilweise sogar gegensätzliche Meinungen vertreten. Hier scheint mir aber nur ein gradueller Unterschied zu den meisten anderen Fraktionen im EP vorzuliegen. Wie einheitlich ist die sozialistische Gruppe bei Agrarfragen oder im Bereich Kernenergie, wie die christdemokratische bei der Beratung von Wein einerseits, Bier und Whisky andererseits; wie die liberale Fraktion bei wirtschaftspolitischen oder asylrechtlichen Problemen? Die Kommunisten waren seit jeher im EP fast immer gespalten, und die Gemeinsamkeit zwischen Gaullisten, irischen Fianna Fáil, dänischen Glistrupanhängern und einer schottischen Nationalistin sowie seit jüngstem den Portugiesen der Partei des ehemaligen Staatspräsidenten Eanes (die übrigens auch zunächst mit dem Regenbogen Kontakt hatte!),¹⁹ steht wohl häufiger nur auf dem Papier.

Bisher haben alle Fraktionen Defizite in der Kohärenz oder Prioritätensetzung, u. a. eben aufgrund realer Interessensunterschiede. Das besondere Merkmal von Regenbogen ist, daß die Autonomie der Einzelgruppen Vorrang hat, in vielen Politikfeldern also gar nicht erst auf gemeinsame Positionen hingearbeitet wird, wenn sie nicht schon eingebracht wurden.

c) Zum Einfluß nationaler Organisationen:

Sind, wie Müller-Rommel annimmt, die nationalen Parteien für die Regenbogenmitglieder die entscheidende Variable und somit Integrations- und Interaktionshindernis? Dies stimmt, wie oben aufgeführt, nur zum Teil - die "Einzelkämpfer" sind eigenständiger als allgemein angenommen. Auf jeden Fall ist es meines Wissens unrichtig zu schließen, die mangelnde nationale Absicherung von Initiativen im EP hemme den internen Interaktionsprozeß im Regenbogen: Ein Teil des Regenbogens - Dänen, Belgier vor allem - steht in Wirklichkeit in engstem Kontakt mit den nationalen Organisationen; bei anderen Teilen ersetzt die Autonomie gegenüber jenen die positive Legitimation als interaktionsfördernd! (Sie erleichtert vielleicht sogar Inter-

aktion, da das politische Betätigungsfeld Alternativer und Grüner durchaus eng gesteckt ist.)

d) Zur These mangelnder Transmissionsfunktion

Die Auswirkung der Tätigkeit von Zusammenschlüssen im EP durch Artikulation und Aggregation divergierender Interessen auf potentielle Machtveränderungen in der EG wird von Müller-Rommel "allenfalls auf außerparlamentarisch-europäischer Ebene" als erfüllt angesehen. Dem sei nicht widersprochen, doch können wir aufgrund langer Beobachtung der Machtverhältnisse und des Verhaltens nicht feststellen, daß das EP insgesamt bzw. seine integrationsbejahende Fraktionen nachweislich einen solchen entscheidenden Einfluß auf die materielle EP-Politik gehabt hätten - mit gewissen Abstrichen für die Verteilung der Finanzmassen des EG-Haushalts. Transmission als solche ist ja noch kein Nachweis für Politikveränderung - und wie nebensächlich oft EG-Politik in etablierten Parteien behandelt wird, ergibt sich aus den Klagen vieler MdEPs.

Natürlich wird die Transmissionsfunktion im Rahmen des sonst Üblichen erfüllt von den Teilen des Regenbogens, die dem Parlamentarismus positiv gegenüberstehen, z. B. den Belgiern.

Schlußbemerkung:

Die Kenntnisse über die Grünen und Alternativen im EP sind noch stark verbesserungsfähig; bisher wurden oft zu viele (interpretierende) Antworten gegeben und zuwenig (auch methodologische) Fragen gestellt.

Die Beurteilung des Regenbogens im Lichte der Interaktionsfunktion litt an einer zu hohen Meßlatte ("Voraussetzung für die effiziente Gestaltung von europäischer Politik"), verkannte auch andererseits die hohe Autonomie seiner Mitglieder gegenüber den nationalen Organisationen (Ausnahme vor allem die Dänen), die aber eben Interaktionen erleichterte.

Die Beurteilung im Lichte der Integrationsfunktion postuliert als metatheoretische Norm Stabilisierung im EP und Legitimation supranationaler Politik. Ersteres ist streng genommen nur einzusehen, wenn man auf die Erwei-

terung der sozialen Basis des EP verzichten will und/oder die bislang nicht Vertretenen als für die Demokratie schädliche Elemente ansieht - und im Umkehrschluß die Etablierten mit jenen Zielen unbefragt gleichsetzt. Hinsichtlich der Legitimation supranationaler Politik ist anzumerken, daß auch ein Konsens gegen zuviel Supranationalität durchaus europäische Tradition hat - verhandelte, transnational kompatible Dezentralisierung ist ja durchaus auch Bestandteil konservativen Gedankengutes.

Nun wollen wir aus vielleicht vorschnell formulierten Thesen keinen Pappkameraden aufbauen, um ihn dann zusammenzukartätschen. Deshalb als letzte Bemerkung:

Unbestritten ist, daß bislang ein guter Teil des Regenbogens 'mit der EG nix am Hut hat', in dem EP vor allem ein Forum sieht. Wahr ist aber auch, daß einige der Gebiete, auf denen die Mitglieder des Regenbogens Forderungen vorbringen - ich denke hier an alternative und Kleinbauern, an die Wahrung der zivilen und Menschenrechte innerhalb der Mitgliedstaaten u. a. - sich mit denen decken, die ein auf Ausdehnung seiner und der Vertragskompetenzen hinstrebendes Europäisches Parlament berücksichtigen muß - es sei denn, es meine es nicht so ernst mit der Expansion.

Anmerkungen

- 1 Fachliteratur aus verschiedenen Ländern ist angegeben im jüngst erschienenen Artikel von F. Müller-Rommel, Das grün-alternative Parteienbündnis im EP - Perspektiven eines neuen Phänomens, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 3/1985, S. 391 - 404. In diesem Artikel findet sich leider auch eine Zahl faktischer Fehler und meines Erachtens diskutierbarer Interpretationen, auf die ich hier noch hinweisen werde.
- 2 Laut GO des EP kann eine Fraktion gebildet werden von
 - 21 Abgeordneten aus einem Mitgliedstaat
 - 15 " " aus zwei Mitgliedstaaten
 - 10 " " aus drei und mehr Mitgliedstaaten(Art. 36,5 der alten GO, Art. 26 der neuen GO)
- 3 Mehr in K. H. Reiff (Hrsg.), European Elections 1979/81 and 1984, Berlin 1984.
- 4 Zur - erfolgreichen - Klage der französischen Grünen gegen Wahlkampfkostenerstattung aus EP-Mitteln siehe das Urteil vom 23.4.1986 in der Sache 294/83.
- 5 Müller-Rommel behauptet irrtümlich, Klöckner sei ausgetreten, a.a.O., S. 400, Anm. 1.
- 6 So bei Müller-Rommel, S. 396, ähnlich in R. Hrbeks Artikeln über die Grünen in den Jahresbänden "Jahrbuch der Europäischen Integration", hrsg. von Weidenfeld und Wessels.
- 7 Müller-Rommel schreibt dauernd FU statt der in Belgien üblichen Abkürzung VU für die Volksunie, auch sind die Prozentangaben auf S. 397 für 1984 zu hoch.
- 8 Näheres in O. Borre, Denmark, in der Sondernummer 1984 von Electoral Studies. Nicht Skovmand, wie Müller-Rommel, S. 400, Anm. 5, schreibt, sondern I. Christensen ist der 4. Vertreter. Skovmand war Abgeordneter von 1979 - 1984.
- 9 R. Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie - Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, 2. Aufl., 1925.
- 10 Im Gegensatz zu Müller-Rommel, S. 400, Anm. 1, hatte die GRAEL-Gruppe Klöckners Verlangen nach Autonomie im GRAEL akzeptiert. Soweit bekannt, führt Klöckner Gelder ab.
- 11 Dorothee Piermont in EG-Magazin Nr. 2/1986.
- 12 Ein in Italien unter Terrorismusverdacht Gesuchter namens Scalzone, der aber in Frankreich Asyl erhalten hatte und sich dort frei bewegen durfte, wurde von Mitgliedern des Regenbogens zur Teilnahme an einer Veranstaltung im EP-Gebäude in Straßburg eingeladen - sein Erscheinen erregte unter italienischen Christdemokraten höchsten Schrecken.

- 13 Zum Mangel an Interesse bei der Presse folgendes Zitat aus dem Rechenschaftsbericht:

"Unsere Gruppe hat bereits parteiintern einen Spitznamen weg: 'Basisgruppe auf und davon'! Wir werden daran arbeiten; aber es wird nicht einfach sein, diesen Spitznamen zu widerlegen. Denn: Einerseits zieht dieses Parlament, das unseren Arbeitsplatz abgibt, eben nur im Wahlkampf wirkliche öffentliche Aufmerksamkeit auf sich, wenn Parteiapparate und Massenmedien die Wähler "für Europa" zu mobilisieren versuchen, um gleich nach dem Wahltag wieder ein Ort zu werden, wo keine Gesetze verabschiedet werden und wo nur selten etwas Entscheidendes geschieht, und der deswegen auch kaum wirkliche "Nachrichten" produzieren kann - wir müssen schon einen sprechenden Roboter mieten und für ihn Rederecht in der Debatte über die neuen Technologien beantragen, damit überhaupt etwas von unseren kritischen Initiativen "berichtenswert" wird. Andererseits gibt es - "vor Ort handeln! - viele gute Gründe dafür, daß die Art von internationaler, nicht nur die EG-Staaten betreffende Kontakt- und Verknüpfungsarbeit, wie sie der Arbeitsplatz EG-Parlament möglich macht, innerhalb der GRÜNEN ebenso wie innerhalb der Basisbewegungen, auf die wir uns beziehen, immer nur auf das "Fachinteresse" der jeweils an internationalen Kontakten in ihrem Bereich Interessierten und meist besonders aktiven Menschen stößt."
- 14 Radio Dreyecksland ist eine bislang illegal arbeitende Station im Länderdreieck Südbaden, Frankreich, Schweiz.
- 15 Das EP hielt fast gleichzeitig einen Kongreß zur Gentechnologie ab.
- 16 Dazu R. Bieber, Perspektiven des EP nach der 2. Direktwahl, Vortrag im Europa-Kolleg Hamburg, 11.5.1984.
- 17 Aus dem Rechenschaftsbericht.
- 18 Ich beziehe mich hier weitgehend (und stellvertretend) auf den Aufsatz von Müller-Rommel (s. Anm. 1).
- 19 Der autonome Status im Regenbogen wäre der Partei von Eanes sehr entgegengekommen, doch wird die Rücksicht auf sein außenpolitisches Image wohl zu einer anderen Affiliation bewogen haben. Die Iren in der Gruppe mit den Gaullisten waren übrigens sehr daran interessiert, durch diese Verstärkung das "gaullistische" Image der Fraktion abbauen zu können. Das Zweckbündnis wurde somit noch heterogener.

Anhang

Arbeitsschwerpunkte von GRAFI. 1986 (Kortenberg-Treffen).

Sechs Gebiete anvisiert:

1. Kritik des Militarismus und der Militarisierung:
Konventionelle Waffen; Waffenindustrie; Atomtests und Stationierung;
B- und C-Waffen; Dritte Welt und Militarisierung;
Auflösung der militärischen Allianzen.
2. Weltwirtschaft, Handel, Agroindustrie, Umweltzerstörung:
Kritik der Gemeinsamen Agrarpolitik; Multinationale im Agrarbereich;
Zerstörung lokaler Sozialstrukturen und der Umwelt; Dritte-Welt-Ver-
schuldung; Fallstudie Babynahrung (van der Lek-Bericht)
Arbeitsteilung nach Geschlechtern.
3. Verteidigung und Ausbau demokratischer Freiheiten und Rechte:
gegen den europäischen Rechtsraum, Stärkung einer europäischen Zone
der Freiheit und des politischen Asyls; Rechte und Gleichbehandlung
von Minoritäten: Rassismuskampagnen, Homosexuelle, Prostituierte;
Unterstützung politisch Gefangener; Bekämpfung der Diskriminierung
und Gewalt gegen Frauen.
4. Ökologische und soziale Veränderungen im Produktionsprozeß:
Giftige Abfälle, Atomrückstände; Alternative Energieerzeugung;
Saurer Regen; Veränderungen in der chemischen Industrie; Humanisierung,
insbesondere Verringerung der Arbeit; Arbeitszeitflexibilität;
Kampagnen gegen Arbeitslosigkeit; Beseitigung der Arbeitsteilung
nach Geschlechtern.
5. Demokratische Überwachung von Forschung und Wissenschaft;
Genetische und reproduktive Technologien; Informations- und Kommunika-
tionstechnologien.
6. Kritik politischer Institutionen.